

V-16 Demokratiebildung an Schulen stärken – Eine mündige Gesellschaft braucht politische Bildung

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 30.11.2024
Tagesordnungspunkt: TOP 9 Verschiedenes

1 Das Ziel von Schule ist in unserem Schulgesetz klar definiert:

2 *Ziel muss die Heranbildung von Persönlichkeiten sein, welche fähig sind,*
3 *der Ideologie*
4 *des Nationalsozialismus und allen anderen zur Gewaltherrschaft strebenden*
5 *politischen*
6 *Lehren entschieden entgegenzutreten sowie das staatliche und*
7 *gesellschaftliche Leben*
auf der Grundlage der Demokratie, des Friedens, der Freiheit, der
Menschenwürde, der
Gleichstellung der Geschlechter und im Einklang mit Natur und Umwelt zu
gestalten. (§
1 Auftrag der Schule)

8 Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs waren unsere demokratischen Strukturen noch
9 nie so
10 stark von demokratiefeindlichen Kräften bedroht wie heute. Es ist daher besonders
11 in dieser
12 Situation essenziell, dass Politik die Rahmenbedingungen schafft, damit das Ziel
unserer
Schule auch erreicht wird. Für eine starke Demokratiebildung in Berlin brauchen
wir deshalb
folgende fünf Bausteine:

13 **1. Externe Demokratiebildungsanbieter sind zentral: Demokratiebildung entfristen!**

14 Träger der Demokratiebildung begleiten Schüler*innenvertretungen, bringen
15 Demokratiebildung
16 in den Klassenraum, fördern die Selbstwirksamkeit von Schüler*innen und
17 unterstützen Schulen
18 fachlich bei Themen wie Diskriminierung, Antisemitismus oder Rassismus. So können

19 auch an
20 Schulen notwendige Dialog-Räume für sensible Themen wie den Krieg in der Ukraine
21 oder den
Israel-Palästina-Konflikt geschaffen werden. Gerade nach dem 7. Oktober 2023 ist
diese
professionelle Begleitung von Schulen wichtiger denn je. Trotzdem werden Träger
der
Demokratiebildung aktuell nur als Zuwendungsempfänger*innen im Berliner Haushalt
geführt und
sind daher alle zwei Jahre von Kürzung oder kompletter Streichung bedroht.

22 Wir müssen deshalb endlich mit einer institutionellen Förderung die Verstetigung
23 der
24 Förderung von Demokratiebildungsträgern erreichen. Demokratiebildung ist kein
25 Projekt von
26 zwei Jahren, sondern braucht langfristig angelegte Strukturen, Beziehungsaufbau
27 und
28 Supervision. Für die Daueraufgabe Demokratiebildung braucht es auch Dauermittel.
29 Die
30 Gesamtstrategie der Bildungsverwaltung für politische Bildung an Berliner Schulen
31 bietet
eine gute fachliche Grundlage und stellt wichtige Instrumente zusammen.
Allerdings ist für
ihre Umsetzung kein Geld vorgesehen. Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen
Lage an
Berliner Schulen und in außerschulischen Begegnungsorten reicht die derzeitige
Finanzierung
für eine qualitativ nachhaltige Arbeit in der ganzen Stadt nicht aus. Dafür
brauchen wir
auch auf Landesebene endlich ein Demokratiefördergesetz.

32 **2. Demokratiebildung in Rahmenlehrplänen und Fortbildungen stärken**

33 Demokratiebildung gehört fest in den Rahmenlehrplänen verankert, um Jugendlichen
34 die
35 kritische Auseinandersetzung mit Machtungleichgewichten und diskriminierenden
36 Strukturen zu
37 ermöglichen. Dazu gehört die Aufarbeitung der deutschen Kolonialgeschichte und
38 die
39 Überprüfung von Lehrinhalten auf diskriminierende Stereotype und
40 Marginalisierungen. Themen
41 wie Antidiskriminierung, (De-)Kolonisierung, Rassismus und Antisemitismus müssen
42 fächerübergreifend und verpflichtend in den Unterricht integriert werden.
43 Generell setzen
44 wir als Partei uns für einen stärkeren Fokus auf historisch-politische Bildung in
der Schule

ein. Sie hat zum Ziel, demokratische Werte und gesellschaftlichen Zusammenhalt durch die Auseinandersetzung mit Geschichte und Gegenwart zu fördern. Schüler*innen sollen frühzeitig für soziale Ungleichheiten und damit verbundene Privilegien sensibilisiert werden. Ziel ist es, diskriminierende Stereotype und eurozentrische Geschichtsnarrative aufzubrechen und das Wissen unterdrückter Gruppen in den Bildungsalltag zu integrieren.

45 Antidiskriminierung und Demokratie sind jedoch nicht allein
46 Unterrichtsgegenstände, sondern
47 müssen in den Schulen gelebt werden. Für eine gelingende Demokratiebildung
48 brauchen wir
49 daher dringend eine diskriminierungskritische Professionalisierung von
50 Lehrkräften durch
51 entsprechende Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebote im Rahmen des neuen Berliner
52 Landesinstituts. Wir wollen Lehrkräfte befähigen, auf Hassbotschaften und
diskriminierendes
Verhalten im Unterricht angemessen zu reagieren. Hierzu sind niedrigschwellige
Fortbildungsangebote auch im Bereich der Medienkompetenz und die Bereitstellung
von
diskriminierungskritischen Lehrmaterialien unerlässlich.

53 **3. Bildungserfolg breiter fassen: Demokratiebildung in die Schulsteuerung**

54 Ein zentrales Ziel der Berliner Schule ist, Persönlichkeiten herauszubilden, die
55 in der Lage
56 sind, dem Nationalsozialismus entgegenzutreten. Trotzdem wissen wir viel zu wenig
57 darüber,
58 ob unsere Schulen dieses Ziel überhaupt erreichen. Deshalb werden wir Ressourcen
59 zur
60 Verfügung stellen, damit zukünftig nicht nur die mathematischen und sprachlichen
61 Kompetenzen
62 der Berliner Schüler*innen, sondern auch ihre Demokratiekompetenzen regelmäßig
63 erhoben
64 werden. So können auch diese Bildungsziele untersucht und mittels Unterstützung
65 durch die
66 Schulaufsicht adressiert werden. Klar ist dabei aber auch: Demokratie ist nicht
67 nur ein
68 Bildungsthema, sondern muss auch in der Schule praktiziert werden. Wir brauchen
daher nicht
nur Informationen über Demokratiekompetenzen, sondern auch ein Monitoring über
den Status
quo von Demokratie und Beteiligungsstrukturen an Schule. Wo gibt es Klassenräte,
wie gut

funktioniert Schüler*innenvertretung, erfolgt Feedback zwischen Schüler*innen und Pädagog*innen in beide Richtungen und wie ist das Schulklima? Für dieses Monitoring sollen zusammen mit der Fachcommunity Standards entwickelt werden. Auf dieser Datengrundlage müssen wir dann über die Schulaufsichten Unterstützung an die Schulen bringen, die sie besonders benötigen.

69 **4. Wer was verändert, glaubt an Veränderung: Beteiligung, aber richtig!**

70 Essenziell für Demokratie ist ein respektvolles Miteinander auf Augenhöhe und
71 echte
72 Mitbestimmungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche. Wenn Kinder frühzeitig
73 erfahren,
74 dass ihre Stimme zählt, sind sie weniger empfänglich für autokratische
75 Strukturen. Deshalb
76 brauchen wir Mitbestimmung nicht erst ab 16 oder 18: Mit dem Klassenrat, der
77 Schüler*innenvertretung und dem Schüler*innenhaushalt haben wir gute Strukturen,
78 die aber an
79 zu vielen Schulen entweder noch gar nicht etabliert sind oder stärker unterstützt
80 werden
81 müssen. Gerade an vielen Grundschulen wird Beteiligung bisher noch nicht groß
82 geschrieben,
83 auch schulgesetzlich braucht die SV hier mehr Rückhalt. Als Grüne fordern wir
einen
Schüler*innenhaushalt, ein Klima der Beteiligung und eine gute Begleitung durch
entfristete
Fachkräfte an jeder Schule. Gleichzeitig ist klar: Augenhöhe lässt sich nicht
allein über
Strukturen herstellen, sondern hängt essenziell an der Haltung der Lehrkräfte.
Nur wenn sie
sich darüber bewusst sind, dass Demokratie am besten durch eigenes Erleben
erlernt wird,
werden sie dieses Erleben auch ermöglichen. Dies muss deshalb auch in der Aus-
und
Weiterbildung von Lehrkräften eine größere Rolle spielen.

84 Auf bezirklicher Ebene braucht es Standards für die pädagogische Begleitung und
85 fachliche
86 Ausstattung der Bezirksschüler*innenausschüsse, in die künftig auch
87 Grundschüler*innen
88 einbezogen sein sollen. Auch für den Unterricht selbst gilt: Lernende müssen
89 stärker in die
90 Entscheidungen über ihre Bildungsinhalte einbezogen werden. Auch außerhalb von
91 Schule

92 brauchen Jugendliche und Kinder Beteiligungsmöglichkeiten. Deshalb unterstützen
wir die
93 Initiativen in vielen Bezirken, Interessensvertretungen von Kindern und
Jugendlichen
aufzubauen und werden sie finanziell unterstützen. Außerschulisches
ehrenamtliches
Engagement von jungen Menschen wollen wir stärken und durch Anerkennung,
Freistellung und
94 unterrichtliche Anbindung besser mit Schule vereinbaren.

93 **5. Eine starke Landeszentrale für politische Bildung**

94 Unzählige Schüler*innen, Lehrkräfte und Eltern verlassen sich auf die guten
95 Materialien der
96 Landeszentrale für politische Bildung, besuchen ihre Veranstaltungen oder
97 profitieren von
98 Ihrer Expertise im Bereich der Demokratiebildung. Trotzdem will die CDU-geführte
99 Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie die rechtlich verankerte
100 Unabhängigkeit der
101 Landeszentrale für politische Bildung nun durch eine politisch besetzte
102 Stabsstelle massiv
103 beschneiden. So soll die Stabsstelle der Landeszentrale inhaltliche Vorgaben für
104 ihre Arbeit
105 machen, die veröffentlichten Materialien der Landeszentrale kontrollieren und
106 sämtliche
107 Förderung von zivilgesellschaftlichen Organisationen kontrollieren. Diese
108 politische
109 Einflussnahme steht im starken Spannungsverhältnis mit der im
110 Erwachsenenbildungsgesetz
111 festgeschriebenen Überparteilichkeit der Landeszentrale und stellt auch die
fachlichen
Grundlagen der politischen Bildung, wie sie nach dem Nationalsozialismus über
Jahrzehnte
demokratischer Konsens waren, in Frage. Als Grüne stehen wir klar an der Seite
einer
unabhängigen Landeszentrale für politische Bildung und werden sie weiter stärken.
Dafür war
der von uns mit auf den Weg gebrachte zweite Standort der Landeszentrale ein
erster Schritt,
um die Öffnung in die Stadtgesellschaft zu stärken und weitere Themenschwerpunkte
zu
ermöglichen. Ein weiterer wichtiger Schritt ist die Einrichtung einer
Koordinierungsstelle
außerschulische politische Bildung und Schule sowie der Ausbau aufsuchender
politischer
Bildungsangebote.

112 Besonders für den Bereich der Erwachsenen- und außerschulischen Bildung braucht
113 es noch mehr
114 Materialien, Bildungsangebote und Konzepte, um auch die Menschen zu erreichen,
115 die nicht
mehr zur Schule gehen. Dafür sind insbesondere der öffentliche sowie der digitale
Raum von
großer Bedeutung.